

**TOP 2: Beschlussfassung über die Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2021
und Finanzplanung sowie die Wirtschaftspläne 2021 der Eigenbetriebe
Bürgerheim, Abwasserbeseitigung und Stadtwerke Rheinfeldern (Baden)
Stellungnahme der Fraktion der Freien Wähler**

Karin Reichert-Moser, Fraktionsvorsitzende

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Eberhardt,
sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Stöcker,
sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung,
geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates,
sehr geehrte Vertreterin / Vertreter der Presse,
sehr geehrte Zuhörerinnen und Zuhörer!

Schon bei der Einbringung des Haushalts 2020 wies Herr Oberbürgermeister Eberhardt darauf hin: „Die Wohlfühl-Jahre der Stadt – die Jahre 2018 und 2019 – sind vorbei!“ Den Haushalt 2020 hatte ich in der Haushaltsrede mit einem Schiff verglichen, welches noch mit einer großen Bugwelle zu kämpfen hat, bevor es in ruhigerem Gewässer weiterfahren kann. Diese Bugwelle wurde – wie wir alle wissen - aufgrund unvorhergesehener Gegenströmung so groß, dass wir mitten im Jahr das Schiff stoppen, zur Weiterfahrt umrüsten, kleinere Segel spannen, den Kurs wechseln mussten, um die Gegenwellen (Corona-Pandemie und Gewerbesteuer einbruch) zu umfahren: Wir mussten einen Nachtragshaushalt erstellen. Bereits aus diesem Nachtragshaushalt ging die große Linie für den Haushalt 2021 und folgende hervor. „Wir haben ein Problem mit Soll und Haben. Wir sollten, aber wir haben nicht.“ (Zitat von Erwin Rommel, ehemaliger OB von Stuttgart, der 1993 eine radikale Haushaltskonsolidierung einleitete).

Noch nie in den letzten Jahren war die HH-Situation 2021 und die der kommenden Jahre auch in unserer Stadt so oft Thema in den Gremien und hat zu solchen Eingriffen, zu Maßnahmen geführt wie in 2020 und in 2021, um den Haushalt für 2021 und die Folgejahre zu konsolidieren.

Es waren und sind mehrere Faktoren, die das Wirken in 2020 einschränkten und in 2021 ff. einschränken werden: Corona, finanzielle negative Überraschungen, personelle Veränderungen und dies forderte und fordert, aber es darf nicht zu Stillstand führen. Was wollen wir machen? Was müssen wir tun? Dies war die Ausgangslage in 2020 und lange intensive Überlegungen sowie Prüfungen durch Verwaltung und Gemeinderat folgten und nach konstruktiven Beratungen stand das Ergebnis fest: Dies müssen wir, dies können wir tun! Das Ergebnis des Müssens und Könnens ist der vorliegende HH 2021.

Konsequentes Durchdringen der einzelnen Kostenstellen im EHH und den Positionen im Investitionshaushalt war erforderlich, Verwaltung und Gemeinderat waren gefordert. Es waren nicht Beschlüsse zu fassen, die Verwaltung und GR in ihrem Dienst für die Stadt mit Wohlgefallen und Freude fassten, sondern es waren Beschlussfassungen aus der Notwendigkeit heraus, einer Notwendigkeit, die wenig Spielraum ließ, eine Notwendigkeit die allein darauf abzielte, den HH zu konsolidieren, sich an der Realität orientierte, sich den Gegebenheiten beugte. Mit dieser Botschaft begaben wir uns in die Klausurtagung am 20.11.2020. Diese Botschaft lenkte die Bearbeitung der Prüfaufträge seitens der Verwaltung und des Gemeinderats, die im Vorgriff der Einbringung des Haushalts gefassten Beschlüsse z.B. Erhöhung der Hundesteuer. Im eingebrachten Haushalt waren / sind die Vorschläge aus der Klausurtagung und die Ergebnisse der Prüfaufträge zur Aufwandsminderung und

Ertragssteigerung eingearbeitet. Dies alles unter der Prämisse der Aufrechterhaltung des laufenden Dienstbetriebes und der Sicherstellung der Pflichtaufgaben, um auch in diesem extrem schwierigen Jahr Notwendigkeiten und Ansprüche in den verschiedenen THH zu gewährleisten bzw. die Betriebe aufrechtzuerhalten, wobei wie in den vergangenen Jahren die Bereiche Bildung und Kinder- und Jugendbetreuung Priorität haben, auch wenn dies nicht von allen Seiten so gesehen wird.

Trotz der Kürzungen im Bereich der Aufwendungen in den Teilhaushalten des Ergebnishaushaltes, kommen wir nicht umhin die Grundsteuer B, die Gewerbesteuer, Hundesteuer zu erhöhen. Zu Mehreinnahmen bei den Gebühren, soll es durch veränderte Berechnungen im Kitabereich und der Parkraumbemessung führen, ab 2022 durch Anhebung der Vergnügungssteuer und der Einführung einer Zweitwohnungssteuer. Dies quasi als Maßgabe des RP zur Genehmigungsfähigkeit. „Es muss erkennbar sein, dass die Bemühungen zur Beseitigung eines strukturellen Defizits erfolgen!“

Ich verzichte in diesem Jahr auf die einzelnen Zahlen, sie wurden in den Beratungen, in den Vorlagen, in den Medien genügend dargestellt. Außerdem haben wir uns im Vorfeld aufgrund der ausgiebigen Vorberatungen auf kurze Haushaltsreden verständigt.

Wir wussten bereits vor den Haushaltsberatungen, dass es keine Optionen gibt, an diesem Zahlenwerk noch große Veränderungen vorzunehmen, ergo Anträge zu stellen, die wesentliche Veränderungen im monetären Bereich zur Folge hätten. Nachmeldungen aus den Teilämtern, Änderungen infolge von Neuberechnungen und Korrekturen (z. B. Sachkostenbeiträge für GBG u. HTS u. Neuberechnung der Schulbudgets), Anträge aus Ortsteilen (Planungskosten Bple. Nordschwaben, Karsau) führten zu Veränderungen des ordentlichen Ergebnisses im EHH in Höhe von – 40.133 € seit Haushaltseinbringung am 17.12.2020. Die Anträge zum Klimaschutzmanager und ÖPNV werden im Laufe des Jahres überprüft und gegebenenfalls korrigiert (Klimaschutzmanager und ÖPNV). Verschiebungen / Veränderungen im Finanzhaushalt (Investitionen) erfolgten als Folge genereller Verschiebung / Veränderung (Fahrgastinfo / Bike & Ride Station) und für EDV Erwerb.

Von vornherein klar war auch, dass wir auf die liquiden Mittel zurückgreifen müssen, diese werden bis 2024 rapide sinken, um die bereits begonnenen Maßnahmen im Investitionshaushalt fortzusetzen und neue wichtige Investitionen zu beginnen. Lag der geplante Finanzbedarf der Investitionen 2021-2024 bei 47,5 Mio. €, sind wir nun für den gleichen Zeitraum bei 23,3 Mio. €. Begrenzte Ressourcen für Prioritäten.

Zusätzliche Aufgaben – eingeschränkter Handlungsspielraum aufgrund der Finanzsituation! Dies erschwert Selbstverwaltung und Selbstbestimmung. Wir brauchen die Unterstützung von Bund und Land, die uns für Ihre Initiativen und das Schaffen neuer Rahmenbedingungen - z.B. im Bereich Schule und frühkindliche Bildung - auch die finanziellen Ressourcen zur Verfügung stellen müssen.

Seitens unserer Fraktion betone ich, dass die Verwaltung weiter daran arbeiten und vorlegen muss, wie sie die Entwicklung im Bereich Schulen und Kitas unter Einbezug der baulichen Entwicklung in Stadt- und Ortsteilen sieht. Hierzu gehören auch konkrete Planungen, wie z.B. bei der Erstellung von Bebauungsplänen. Man hat sich in der Verwaltung für sechs Bebauungspläne festgelegt – diese Anzahl sei machbar. Dann muss auch daran festgehalten werden. Wir fordern eine Liste der vorgesehenen und eine Begründung dieser Auswahl. Man darf sich nicht zur Maxime machen, immer wieder aufgrund unterschiedlicher Interessen oder Bedenken Neues aufzunehmen und schon lange im FNP Angedachtes ja

Geplantes hinten anzustellen. Die Erwartungshaltung auch in diesem Bereich ist bekanntermaßen gegeben.

Gleichermaßen muss alles daran gesetzt werden, weitere notwendige Schritte im Bereich der Digitalisierung zu gehen – hierbei ist leider die Corona-Pandemie ein wichtiger Wegweiser geworden.

Auf die Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe Abwasserbeseitigung, Stadtwerke und Bürgerheim gehe ich nicht mehr gesondert ein, sie wurden ausführlich im erweiterten Hauptausschuss behandelt.

Unser Dank gilt Ihnen Herr Oberbürgermeister, Ihnen Frau Bürgermeisterin, der Haushaltsabteilung der Stadtkämmerei - Frau Schippmann, unserer Kämmerin, und Herrn Reiher, für die exzellente Aufarbeitung und Darstellung sowie den Verantwortlichen in den einzelnen Ämtern und Eigenbetrieben. Dank den Mitgliedern des erweiterten Hauptausschusses, dem Schulbeirat und den Ortschaftsräten für die konstruktiven Beratungen und Einsichten.

Die Fraktion der Freien Wähler stimmt der Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2021 und Finanzplanung und den Wirtschaftsplänen 2021 der Eigenbetriebe Abwasserbeseitigung und Stadtwerke Rheinfeld (Baden) einstimmig zu.

Die Zustimmung erfolgt auch für den Wirtschaftsplan 2021 und die mittelfristige Finanzplanung des Eigenbetriebs Bürgerheim, der im Bürgerheimausschuss beraten wurde.

Danke für die Aufmerksamkeit!